

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 660-51.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 4.80 monatlich, M. 14.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 6.— monatlich, M. 18.— vierteljährlich, mit Zustell-
geld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabebehalter, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen M. 1.50, auswärtige Anzeigen M. 2.20, örtliche Reklamen M. 4.—,
auswärtige Reklamen M. 6.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter
Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Mohrstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Donnerstag, 20. Oktober 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 478. ♦ 69. Jahrgang.

In Erwartung der Genfer Entscheidung.

Die offizielle Mitteilung des Beschlusses.

Dz. Paris, 20. Okt. Die Botschafterkonferenz hat gestern nachmittag die Redaktion der Mitteilung über die Entscheidung der Alliierten beiz. Oberschlesien beendet. Sie wird heute nachmittag der deutschen und der polnischen Regierung zugestellt werden. Die Mitteilung wird umfassen: ein Begleiterscheiben, den Text der Entscheidung der Alliierten und die Bestimmungen über die bei der Anwendung zu befolgenden Prozedur. Diese Entscheidung ist bereits gestern abend der Interalliierten Kommission in Opatowitz mitgeteilt worden. Die Kommission für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze ist beauftragt worden, unverzüglich mit der genauen Festlegung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

Dz. Paris, 20. Okt. Wie Havas meldet, erinnert das Senderscheiben an die Entstehung des ober-schlesischen Problems, an die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat den Völkerbundsrat in dieser Angelegenheit anrief, ferner an die Gründe, die diesen bestimmten, außer der territorialen Teilung auch wirtschaftliche Erwägungen zu formulieren in der Absicht, den Fortbestand des Wirtschaftslebens in den Industriebezirken sicherzustellen. Das Senderscheiben endet mit der klaren Bestätigung des Abkommens der Großmächte und ihres Willens, den Inhalt durch die beiden Parteien befolgt zu sehen, sowie mit der Androhung von Zwangsmassnahmen, falls beide oder nur eine der beteiligten Mächte sich zur Unterzeichnung des übergebenen Verdicts weigern sollten.

Der zweite Teil der den Vertretern Polens und Deutschlands zu übergebenden Mitteilung enthält die Beschreibung der Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien sowie die Aufzählung der Übergangsmassnahmen, die dazu bestimmt sind, den Fortbestand des Wirtschaftslebens in Oberschlesien nach der Teilung sicherzustellen und die Schwierigkeiten der Übergangsperiode auf ein Minimum zu beschränken. Diese Massnahmen betreffen besonders die Eisenbahnverwaltung, das Münz- und Zollwesen, den Postdienst, die Ausfuhr von Bergwerkserzeugnissen aus dem Polen zugeteilten Gebiet nach Deutschland, die Sozialversicherungen, die Arbeitergesetzgebung, den Verkehr zwischen den beiden Gebieten, die Ernennung einer gemischten Kommission zur Regelung aller Schwierigkeiten zwischen den beiden Regierungen innerhalb des Abstimmungsgebietes während einer Dauer von 15 Jahren. — Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Massnahmen steht die Entscheidung der Alliierten Massnahmen vor in bezug auf die Nationalität der beteiligten Bevölkerungskreise und den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien.

Das für das Inkrafttreten dieser Entscheidungen vorgesehene Verfahren wird etwa das folgende sein: Von heute abend an ist die Interalliierte Kommission in Opatowitz von den endgültigen Entscheidungen in Kenntnis gesetzt worden, die heute nachmittag von der Botschafterkonferenz getroffen worden sind. Gleichzeitig ist die deutsch-polnische Grenzfestsetzungskommission unter dem Vorsitz des Generals Dupont, welche schon in Tätigkeit ist, aufgefordert worden, eine Unterkommission zu ernennen, die unverzüglich mit der Abgrenzungsarbeit in Oberschlesien beginnen soll. Die polnische und die deutsche Regierung werden aufgefordert werden, binnen acht Tagen einen Bevollmächtigten zum Beginn der Verhandlungen bezüglich des provisorischen Wirtschaftsverhältnisses zu bezeichnen sowie Delegierte für die gemischte vorübergehende Verwaltungskommission zu ernennen. Gleichzeitig soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Verwaltungskommission zu bezeichnen, der, wie bekannt, ein neutraler sein muß.

Die Befugnisse der Interalliierten Kommission in Opatowitz sollen dem Wortlaut des gleichen Artikels nach beendet sein, sobald die Verwaltung des Landes von den deutschen bzw. polnischen Behörden sichergestellt sein wird.

D. Paris, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Interalliierte Kommission in Opatowitz ist bereits gestern abend vom Wortlaut des Entscheids über Oberschlesien in Kenntnis gesetzt worden. Der Botschafterrat hat die Opatowitzer Kommission mit der Absetzung der neuen Grenzlinie beauftragt. Die Mitteilung, wie sie heute, Donnerstag, mittags in Berlin und Warschau von Seiten der Entente erfolgen soll, hat noch nicht die Bedeutung der amtlichen Notifikation gemäß den Bestimmungen der einschlägigen Versailler

Artikel. Die Wirkungen dieser Notifikation, wie sie im Versailler Vertrag vorgesehen sind, beginnen also noch nicht. Das gilt namentlich für die Frist von einem Monat, nach welcher die Interalliierte Kommission von Opatowitz und die Ententetruppen aus Oberschlesien abziehen sollen. Die deutsche und die polnische Staatsgewalt werden erst dann in die deutsch gebliebenen bzw. polnisch gewordenen Gebiete eingesetzt werden, nachdem die wirtschaftlichen Abkommen von den deutschen und polnischen Unterhändlern unterzeichnet worden sind. Die englische Auffassung über die Durchführung der von der Entente übernommenen Genfer Entscheidung scheint also vollständig durchgedrungen zu sein.

Das Übergangsstadium.

Dz. Paris, 20. Okt. Havas meldet: Die von dem Völkerbundsrat vorgeschlagenen und von den alliierten Mächten angenommenen Massnahmen zur Fortdauer des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Oberschlesien zielen darauf ab, während einer gewissen Zeit den Industrien in dem von Deutschland abgetrennten Gebiet ihre früheren Absatzgebiete zu wahren und die Lieferung der Rohstoffe und der Fabrikate, die für diese Industrie erforderlich sind, sicherzustellen, beiderseitige Unruhen zu vermeiden, die sich aus der plötzlichen Erziehung der deutschen durch die polnische Markt, die allein geüblichen Zahlungsmittel in dem Polen überantworteten Gebiet ist, ergeben könnten; daß der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien durch die Grenzänderung in Mitleidenhaft gezogen wird; die Freiheit des Personenverkehrs über die neue Grenze aufrechtzuerhalten; die Lieferung von Wasser und Elektrizität zu regeln; den Privatbesitz zu schützen und soweit wie möglich für die Arbeiter in den Polen zugeteilten Gebieten die Vorteile zu sichern, die sie aus der deutschen Seilhebung und den Organisationen ihrer Gewerkschaften gezogen haben, und schließlich den Schutz der Minderheiten auf der Grundlage einer gerechten Gegenleistung zu sichern. — Zu diesem Zweck ist für die Eisenbahnen, die während 15 Jahren weiter im Betrieb bleiben, ein Übergangsstadium vorgesehen. Während eines Zeitraumes, der 15 Jahre nicht überschreiten wird, bleibt die deutsche Markt in den an Polen abgetrennten Abstimmungsgebieten beibehalten, und während der gleichen Periode werden die Gebühren der Post, Telefon und Telegraphen in der polnischen Zone in deutscher Markt aufgestellt. Das Polentum wird an der politischen Grenze eingeführt mit wenigen Ausnahmen für Naturerzeugnisse von oder nach einem der beiden Teile, die in dem anderen Teile weiter verarbeitet werden sollen und die auf die Dauer von 15 Jahren sollfrei sind. — Polen wird in Übereinstimmung mit Artikel 90 des Friedensvertrages auf die Dauer von 15 Jahren den Export der Bergwerkserzeugnisse der polnischen Zone nach Deutschland gestatten. Dagegen muß Deutschland die Ausfuhr aus seinen Bergwerken unter den gleichen Bedingungen und auf der Grundlage des Warenverkehrs vor dem Krieges gestatten. Die beteiligten Regierungen erkennen während 15 Jahren die Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter in dem Abstimmungsgebiet an. Das deutsche Einkommen der sozialen und finanziellen Versicherungen wird in dem Polen zugeteilten Gebiet Oberschlesiens beibehalten. Der Verkehr ist 15 Jahre für die Bewohner des Abstimmungsgebietes frei. Der Privatbesitz (Konzeptionen und Vorrechte) werden garantiert.

Grenzlinie, wirtschaftliche Organisation und Zwangsmassnahmen.

Dz. Paris, 20. Okt. (Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß man sich entschieden habe, sofort die Grenzfestsetzungsarbeiten vorzunehmen, und zwar nach den Bestimmungen der Abmachungen von Genf, ohne zu warten, bis man sich zuvor über die vorgesehenen wirtschaftlichen Massnahmen geeinigt habe. Die interalliierte Verwaltung in Opatowitz werde erst zu Ende gehen an dem Tage, an dem die wirtschaftlichen Kompensationen ausgeführt worden sind. Auf Grund dieser Entscheidung gebe man zu erkennen, daß es nicht genügt, auf der Karte eine Grenzlinie zu ziehen, und daß man erst dann von einer endgültigen Grenzlinie sprechen könne, sobald an Ort und Stelle minutiöse Arbeit geleistet sei. Die Grenzlinie könne also erst nach dieser Arbeit als endgültig bezeichnet werden. Dadurch gewinne man die nötige Zeit zur Schaffung der vorgesehenen wirtschaftlichen Organisationen. Die Mitteilung der Botschafterkonferenz erklärt ferner, daß, im Fall sich die eine oder andere Partei weigern sollte, die vorgesehenen wirtschaftlichen Abmachungen anzuerkennen, die Mächte sich Zwangsmassnahmen vorbehalten. Man glaubt ferner zu wissen, daß es sich nicht nur um eine Drohung handle, sondern daß man sich jetzt schon über die Mittel, die anzuwenden seien, geeinigt habe.

Polnische Einsprüche.

Dz. Königsberg, 20. Okt. Das Organ des polnischen obersten Volksrates „Dziennik“ wies aus Variser politischen Kreisen mitzuteilen, daß man dort die Ansicht hege, Polen werde bezüglich der Befugnisse der Wirtschaftskommission in Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen eine fünfzehnjährige dauernde Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

Die Kabinettskrise.

Br. Berlin, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Gestern haben die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei getagt. Laut „Vorwärts“ hat die Deutsche Volkspartei, in ein Umbildungskabinet Wirth einzutreten, abgelehnt. Nach dem gleichen Blatt wird in journalistischen Kreisen behauptet, daß die Verhandlungen des Zentrums für das Verbleiben Wirths als Reichkanzler günstig verlaufen sind. Wie eine rechtssozialistische Korrespondenz meldet, halte die Sozialdemokratie an der Kanzlerschaft Wirths fest, allerdings nicht in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie gleichsam mit Wirth stehe und falle, aber doch so, daß sie einen Rücktritt innen- und außenpolitisch als einen schweren Fehler ansehen würden. Im Zentrum und bei den Demokraten soll — der gleichen Korrespondenz zufolge — eine starke Strömung für eine Kandidatur des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Mayer, vorhanden sein. Mayer soll bedingt zugesagt haben und morgen in Berlin eintreffen.

Zum Ableben Ludwigs III.

Dz. München, 19. Okt. (Korrespondenz Hoffmann.) Die bayerische Regierung richtete anlässlich des Ablebens des Königs an den Kronprinzen Rupprecht von Bayern in Sarag nachstehendes Beileidstelegramm: Die Nachricht von dem fern von der Heimat erfolgten Tode des unvergessenen Königs erweckt in ganz Bayern tiefe Trauer. Ein Vorbild treuester Pflichterfüllung hat er, das eigene Glück im Glücke Bayerns suchend, sein arbeitsreiches Leben dem Dienste des Vaterlandes gewidmet und unermüdet die Wohlfahrt des Landes gefördert und beharrlich die Fäden der Regierung geführt und in allem Wandel der Zeit seinem Volke die Liebe bewahrt. Das Gedächtnis des treuen deutschen, charaktervollen Mannes und höchster Verehrung würdigen Königs wird die aufrichtige Dankbarkeit des bayerischen Volkes immer fortleben lassen. Eurer Hoheit und den Mitglieðern des Hauses bitte ich namens des bayerischen Gesamtministeriums die herzlichste Teilnahme auszusprechen zu dürfen, ges. von Vernehmen.

Dz. München, 19. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die Leiche des Königs wird nach den von seiner Familie getroffenen Bestimmungen nach München übergeführt und in der Domkirche beigesetzt werden. Voraussichtlich wird gleichzeitig die im Widenwath beigesetzte Leiche der Königin Marie Theresie dorthin übergeführt werden.

Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Br. Berlin, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Im Berliner Zeitungsgewerbe fanden gestern im Beisein des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen der Firma R. Kasse und dem Druckerpersonal des Verlags unter Hinzuziehung der tariflichen Instanzen statt. Zu einem Ergebnis sind die Beratungen aber nicht gekommen. Die Verhandlungen sollen heute früh fortgesetzt werden, und zwar, wie die „Freiheit“ meldet, unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers.

Preussischer Landtag.

Br. Berlin, 19. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Im preussischen Landtag fanden heute die großen Anfragen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Unabhängigen und der Demokraten über

die Kartoffelversorgung

zur Beratung. Damit verbunden wurde ein Antrag Windler (D.-Ntl.) und Gen. über die Kartoffelimporte, ein Antrag der Abg. Jacobi und Raffauf (Zentr.) über die Verbilligung der Eisenbahntarife für Kartoffeln, Anträge der Kommunisten und der Deutschen Volkspartei über die Kartoffelversorgung, ein Antrag Kistler (Komm.) und Gen. über den Verkauf von Saatkartoffeln.

Als erster Redner kam der Zentrumsabgeordnete Gronowski zu Wort, der scharf gegen die Preissteigerung und die Anhebung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel seit 1914, mit dem Steigen der Löhne und Gehälter in seiner Weise Schritt gehalten habe. Die Landwirte hätten sich das Beispiel gewisser landwirtschaftlicher Organisationen im Westen zum Muster nehmen, die sich bereit erklärt hätten, die Kartoffeln zu einem Preise von 25 M. für den Zentner zu liefern. Die Strafkammer müsse sich gegen Buhnerer und Schieber einsetzen.

Auch der Abg. Lambert (Sos.) wandte sich scharf gegen die äußerste Rechte und führte aus, daß das unerhörte Ansteigen der Kartoffelpreise durch nichts zu rechtfertigen sei, nachdem Abg. Klausner (U.-S.), der die Justiz und die Regierung von seinem Standpunkt aus angriff, und sofortige Beschlagnahme aller bei den Händlern liegenden Vorräte, Schaffung einer Kontrolle, an der auch Arbeiter beteiligt seien, und Sozialisierung der Landwirtschaft forderte.

Dann sprach für die Demokraten der Eisenbahnarbeiterführer Abg. Riedel. Er warf dem Kommissar für Volksernährung vor, daß er die Dinge laufen lasse, ohne tatkräftig einzugreifen. Trotz der großen eigenen Not würden ganze Waggonsladungen von Kartoffeln ins Ausland verschoben. Zur Begründung der Anträge der Kommunisten nahm zum Schluss der heutige Sitzung der Abg. Schulz-Kneufuß das Wort. Seine Ausführungen liefen auf eine heftige Polemik gegen die Deutschnationalen hinaus. Biel Sachliches wählte er nicht vorzubringen. Seine Rede bewegte sich ganz auf den bei ihm üblichen Kraftausdrücken und seine Angriffe gingen schließlich so weit, daß es sich der Präsident verweigerte, noch mit Ordnungsstrafen gegen den Redner vorzugehen.

Die Fortsetzung der Beratungen wurde auf morgen 12 Uhr vertagt.

Reichsernährungsministerium und Kartoffelversorgung.

W. T. B. Berlin, 20. Okt. In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Ministers Hermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und der Preisentwicklung eingehend besprochen und anschließend die Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, eine Verstärkung der Anlieferungen und eine Eindämmung der Preise herbeizuführen. Vom Minister und seinem Vertreter wurde entschieden darauf hingewiesen, daß im Interesse der Konsumenten die Senkung der Kartoffelpreise dringend notwendig sei. Die Vertreter der Landwirtschaft und des Handels wurden ersucht, im Hinblick auf den Ernst der Lage kein Mittel unversucht zu lassen, eine Preislenkung herbeizuführen. Weiter wurde dringend empfohlen, die bereits in vielen Teilen eingeleitete Hilfsaktion durch Abgabe verbilligter Kartoffeln die Notlage der Minderbemittelten zu lindern und die bereits in einzelnen Landesteilen mit anerkanntem Erfolg durchgeführte, in noch größerem Umfang möglichst in allen Reichsteilen durchzuführen. Auch die Frage der Festsetzung einheitlicher Höchst- und Richtpreise, die die Konsumenten riefen, wurde eingehend besprochen, von der Landwirtschaft und dem Handel aber einstimmig mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Maßnahme lediglich geeignet sei, die Ware vom Markt zu vertreiben und dadurch zur Verschlechterung der Versorgung zu führen.

Die Vertreter der Landwirtschaft und des Handels stimmten den Ausführungen des Ministers zu, daß auch sie die augenblickliche Preisentwicklung in Anbetracht der starken Belastung der Konsumenten für beklagenswert hielten, und versprochen, durch Einwirkung und Unterstützung innerhalb der Berufsverbände auf eine Preislenkung hinzuwirken zu wollen. Desgleichen wiesen sie darauf hin, daß bereits in vielen Bezirken von den Kommunalverbänden Hilfsaktionen zwecks Belieferung der Minderbemittelten mit verbilligten Kartoffeln eingeleitet seien. Sie versprochen, in Anbetracht der Notlage der Konsumenten nochmals die Berufsverbände auf die Wirksamkeit derartiger Hilfsaktionen hinzuweisen zu wollen. Überstimmend wurde die Ursache der unzulässigen Preisentwicklung in dem mangelhaften Abtransport der Kartoffeln gesehen und insbesondere die störende Abfuhr aus den Haupterzeugungsgebieten Vommern, Ostpreußen und Mecklenburg beklagt.

Vom Vertreter des Reichsverkehrsministeriums wurde entgegengedehnt, daß vom 1. September bis 14. Oktober insgesamt 128.663 Wagen zum Abtransport der Kartoffeln gestellt worden seien. Rechnet man mit einer Wagenbelastung von 15 Tonnen, so ergäbe sich, daß in diesem Jahre bis 14. Oktober 2.732.000 Zentner den Bedarfsbezirken zugeführt wurden. Diese Zahl bleibe hinter dem Vorjahr lediglich um 1 Million Zentner zurück. Nicht berücksichtigt ist hierbei der Stillstand der, der nach der kürzlich eingeführten Frachtermäßigung besonders umfangreich sein wird. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt jedoch, noch durch weitere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Wagenstellung zu erzielen.

Im Schlußwort des Ministers Hermes wurde die Landwirtschaft und der Handel nochmals mit Entschiedenheit ersucht, sich der Notlage der Konsumenten nicht zu verschließen und in gemeinschaftlicher Arbeit mit den zuständigen Behörden und Organisationen darauf hinzuwirken, daß die Konsumenten die in Verrechnung der Notlage der Konsumenten durch zu hohe Preisforderungen sich ungerechtfertigter Weise bereichern, rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden. Er bitte, im weitesten Umfang durch Aufklärung in der lokalen Presse und durch Rundschreiben an die unterstellten Organisationen die Landwirtschaft zu einer verstärkten Ablieferung zu annehmbaren Preisen anzuhalten, durch lokale Verbündungen die bereits eingeleiteten Hilfsaktionen zu unterstützen und auf eine breitere Basis zu stellen. Was die Transportfrage anbelangt, hoffe er, daß es dem Reichsverkehrsministerium gelingen werde, das günstige Verkehrswetter noch zu einer möglichst starken Abfuhr von Kartoffeln zu benutzen. Zu einer übertriebenen Besorgnis liege aber kein Anlaß vor.

Die Notstandsmassnahmen für die Beamten.

Dr. Berlin, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Im Ausschuss für Beamtenangelegenheiten des preussischen Landtags, der sich mit den bisherigen Notstandsmassnahmen für die Beamten beschäftigt, gab der preussische Finanzminister eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Staatsregierung verfolgt mit wachsender Sorge, wie die mit der fortschreitenden Entwertung der Mark immer weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse es den Beamten und Angestellten des Staates mehr und mehr erschwert, mit ihren gegenwärtigen Dienstbesoldungen auszukommen. Diese Verteuerung schreitet in einem Zeitmaße fort, das bei der letzten Neuregelung der Bezüge nicht

vorhergesehen werden konnte. In ähnlicher Notlage wie die aktiven Beamten befinden sich die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen. Von der Regierung wird anerkannt, daß hier Hilfe dringend notwendig ist. Es muß versucht werden, im Rahmen der Belohnungsordnung zu einer Neugestaltung der Bezüge zu kommen. Die Arbeiten dazu sind dem preussischen Finanzminister bereits vorgelegt und werden in engstem Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium tatkräftig gefördert. Es kann schon heute gesagt werden, daß die Regierung alles daran setzen wird, um diese Angelegenheit bald zum Ziele zu führen. Die Erklärung des Finanzministers wurde von allen Seiten begrüßt. Man verlangte allgemein eine so zeitige Regelung, daß die Beihilfe der Beamten in allerhöchster Zeit gezahlt werden könne. Der Finanzminister erklärte hierauf noch weiter, daß er hoffe, binnen acht Tagen dem Ausschuss nähere Erklärungen über die Art der Regelung abgeben zu können. Die Regelung sei größtenteils gebacht und es sei selbstverständlich, daß die Maßnahmen automatisch auf die Staatsarbeiter und Angestellten wirken würden. Nach dieser Erklärung legte der Ausschuss die Weiterberatung der Angelegenheit zunächst aus.

Wünsche der Postbeamten.

Dr. Berlin, 20. Okt. Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten teilt mit: Die Leitung der Reichspostgewerkschaft befaßt sich erneut mit der Frage der Steuerung der wirtschaftlichen Notlage der Beamten und beschloß, daß der Beamtenrat, um sie vor einer sonst unabwehrbaren Katastrophe zu bewahren, sofort durchgreifend gehandelt werden muß. Die in Vorbereitung befindliche Neuordnung der Beamtenbesoldung ist mit größter Beschleunigung durchzuführen. Außerdem verlangt die Postgewerkschaft zur Abwendung der dringenden Not und zur Beschaffung von Winterdröckchen und Kleidung die sofortige Vorschahlung eines namhaften Betrages auf die zu erwartende Mehrbezüge. — Die Reichspostgewerkschaft übermittelte den Reichstag den Deutschen Beamtenbund zur nachdrücklichen und schleunigen Vertretung bei den maßgebenden Stellen.

Die steuerliche Erfassung der Spekulationsgewinne.

Dr. Berlin, 20. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der finanzielle Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ließ sich in seinen letzten Sitzungen durch Sachverständige der Finanzwelt über die Frage informieren, auf welche Weise die durch Spekulation in Wertpapieren erzielten Gewinne für eine erhöhte Besteuerung erfasst werden und welche Maßnahmen getroffen werden können, um durch Kontrolle des Devisenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen. Die Sachverständigen hatten eine Besteuerung für durchaus notwendig. Für die Kontrolle wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Der finanzielle Ausschuss wird demnach zu den Äußerungen der Sachverständigen Stellung nehmen und eine Entscheidung zu den Anträgen fassen.

Der Städtetag und die Grundvermögenssteuer.

Dr. Berlin, 19. Okt. Der Vorstand des Deutschen Städtetages, der am 17. und 18. Oktober im Berliner Rathaus tagte, hat gegen den Entwurf der preussischen Grundvermögenssteuer wie folgt Stellung genommen: Die Finanzen der preussischen Gemeinden sind seit Miquel neben der Einkommensteuer auf Realvermögen, Grund- und Gemeindesteuern und Gewerbesteuer aufgebaut. Indem Miquel von dem Gedanken ausging, daß Grundbesitz und Gewerbe aufs engste mit der Entwicklung einer Gemeinde verknüpft sind. Die preussischen Gemeinden haben in der zwischenliegenden Zeit bewiesen, daß der Gedanke richtig war. Sie haben in mühsamer Arbeit die ihnen überlassenen Steuern in Beziehung an die örtlichen Verhältnisse in der vielfältigsten Weise voran ausgebaut und sie erträglich gestaltet, wie es dem Staat nie gelungen wäre, auch es gelingen kann, weil die örtlichen Verhältnisse nur im Rahmen der Gemeindebesteuerung genügend berücksichtigt werden können. Nachdem die Einkommensteuer zur Reichsteuer geworden, müssen die preussischen Gemeinden verlangen, daß ihnen wenigstens die rechte Grundlage ihrer Finanzgebarung auf dem Gebiet der direkten Steuern gesichert erhalten bleibt und der preussische Staat seine Hand von diesen Steuerquellen für seine Zwecke fortführt.

Reparationsausschuss und Kreditgemeinschaft.

W. T. B. Berlin 19. Okt. Der Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich heute grundsätzlich mit dem von dem Unter Ausschuss ausgearbeiteten Entwurf für die Kreditvereine der deutschen Gewerbe einverstanden erklärt. Er wird dem Plenum empfehlen, die Reichsregierung um die Einbringung eines Gesetzes über die Bildung einer Kreditgemeinschaft, unter Zugrundelegung der im Entwurf enthaltenen Richtlinien, zu ersuchen.

mit seiner etwa einstündigen Entfernung meist in Augenblicke.

Steiler steigt der Weg von Reichenbach im Lautertal an. Bald ist der mächtige Anblick von der Tiefe, wo die Felsblöcke wie wilde Lava in die Talflucht gestürzt zu sein scheinen.

Früher sammelte sich hier das Volk der Umgegend, um allerlei Feste zu feiern. Doch ist der sinnvolle Brauch der Naturfeste leider immer mehr ausgestorben.

Aus Kunst und Leben.

* Hädel über die italienische und die deutsche Landschaft. Von seiner Italienfahrt hat Hädel eine große Zahl von Briefen nach der Heimat geschickt, die eine überaus anmutige und liebenswürdige Beschreibung dieser Naturforscher- und Künstlerreise geben. Die Lebenswürdigkeiten Roms, die landschaftlichen Schönheiten Neapels und Capri's läßt Hädel vor uns stehen, wir begleiten ihn auf gefährlichen Bergbesteigungen und folgen ihm in die Geheimnisse Pompeis. Aber wenn auch aus allen Briefen die lebendige Freude an der Kunst und der Natur Italiens spricht, so läßt doch jedes Blatt deutlich die tiefe Heimatliebe des Verfassers erkennen, seine Sehnsucht nach der deutschen Landschaft und nach dem deutschen Vaterland. Wir entnehmen die nachfolgende charakteristische Briefstelle dem demnächst bei A. H. Köhler in Leipzig erscheinenden zweiten Band der „Italienfahrt“. Hädel schreibt (in einem Brief an seine Frau): „Bei überhaupt diese ganze Reise durch Italien viele reine und edle Eindrücke in uns angeregt und ausgebildet, so ist es vor allem die innige, hohe Liebe zu unserem unvergleichlichen deutschen Vaterland, die dadurch einen Schwung und eine Festigkeit, eine stolze Elberheit und nationales Selbstbewußtsein erhalten hat, wie es im Vaterland selbst nie bekommen wäre. Auch hat's allerorten der italienische und sizilianische Boden hören müssen, in der herrlichen Umgebung Neapels wie in den geistreichen Gefilden Valerios, in den Latomien von Enrafus wie auf dem Gipfel des Atna. Freilich haben wir keine Lorbeeren und Marthen, keine Palmen und Bienen, keine Datteln und Agaven auf sonnenverbrannter Höhe, keinen ewig blauen Himmel, kein unendlich dunkelblaues Meer. Wir haben aber in unserem Deutschland den unersticklich lieben und grünen Wald, und wir haben das frische, schwellende Moos, darin und die sprudelnden und rieselnden Quellen und die singenden und zwitschernden Vögel — und wir haben den unvergleichlich herrlichen Wechsel der Jahreszeiten, den lieblichen Frühling, den lustigen Sommer, den sinnigen Herbst und den

Die französische Kammerdebatte.

D. Paris, 20. Okt. In der Kammer wurde die Interpellationsdiskussion über die Politik der Regierung, besonders über die auswärtige und hauptsächlich die innere gegenüber Deutschland, weiter verhandelt. Es kamen drei Interpellationen zur Begründung, wovon diejenige von Barres und Mandel zu erwähnen sind. Barres legte sich mit der Deutschland-Politik Brände aus, er kritisierte die Aufhebung der Zollgrenze rechts des Rheines, akzeptierte aber das Wiesbadener Abkommen, immerhin aber mit dem Vorbehalt, daß die deutschen Industriellen, die aus diesem Abkommen Vorteil und Gewinne ziehen, im Rheinland zu suchen seien, wie denn überhaupt Barres geradezu ein Programm der Französisierung des Rheinlandes entwickelte. Barres sprach sich des weiteren gegen die Aufhebung der sogenannten militärischen Zwangsmassnahmen aus.

Brind machte darauf aufmerksam, daß der Rückzug der französischen Garnisonen aus Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ausdrücklich gefordert worden sei, wobei er naturgemäß die Forderung der deutschen Regierung meinte, die für sich vom deutschen Volschalter in Paris überreicht worden ist. Der weitere Verlauf der Kammerverhandlung wird zeigen, ob Brind es jetzt schon wagen darf, den Rückzug aus den drei Städten rechts des Rheins anzutreten. Man kann hierüber skeptisch sein. Es ist zum mindesten auffallend, daß ein Mann wie der „Temps“, der sonst sicher nicht antisouvernemental redet, die heftige Antithese Brinds als auf die Seite getrieben ablehnt. Brind hatte sich geweigert, eine andere Politik als die feine zu treiben und rund herauszulegen, die Fortführung der Zwangspolitik gegenüber Deutschland, das heißt, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen, die katastrophale Politik, die Frankreich erst recht in Verarmung stürzen muß, den andern zu überlassen. Der „Temps“ meint heute in einem Artikel, der zwar auf der einen Seite, aber auf fallenderweise nicht an leitender Stelle steht, daß es noch ein Mittelweg gebe zwischen diesen beiden Extremen. Die Tendenzen der Kammer, in die ausgeprochenen Verhandlungen und in die wirtschaftlichen Erwägungen, die dieser Politik zugrunde liegen, nicht einzuschließen, ist unverkennbar.

Die Interpellation von Mandel bezog sich mehr auf Allgemeines. Es war mehr eine innerpolitische Abrechnung zwischen den Clemencisten und den Coignonen von Versailles. Immerhin ist als wichtig zu betonen, daß auch Mandel, wie geklärt wurde, einen persönlichen Achtungserfolg davontrug. Er erwies sich als außerordentlich schlagfertiger Debattier und legte eine eifrige Beredamkeit und eine heisende Ironie an den Tag, die stellenweise bis zu dreipiertel des Hauses für sich gewannen. Mandel, der früher Kabinettchef von Clemenceau, der mit seiner Willkürherrschaft leinert viel böses Blut gemacht hatte und seit zwei Jahren als junger Abgeordneter überall glänzend befaßt wurde, hat keine vielen persönlichen Feinde heute gewonnen, ihn als kommende Größe am politischen Horizont zu betrachten, der den schwierigsten Tagen gewachsen ist.

Finanzkonferenz und Moratorium.

Dr. London, 20. Okt. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet, daß die Finanz- und politischen Kreise eine baldige Finanzkonferenz aller wichtigen Nationen in Europa und ein dreitägiges Moratorium für die Zahlungen Deutschlands für unbedingt notwendig hielten. Besonders in den Kreisen der deutschen Volkspartei werde dieser Weg zur Lösung der europäischen Schwierigkeiten vorgezogen. Wenn die Deutsche Volkspartei der Regierungskoalition beitrete, dann werde die Koalition wahrscheinlich zerfallen, die Bedeutung dieser Punkte der Entente vor Augen zu führen.

Harding lehnt die Beteiligung an der Finanzkonferenz ab.

Dr. Washington, 19. Okt. (Havas.) Präsident Harding hat die von den britischen Vertretern an ihn gerichtete Einladung, zu der am 6. Dezember stattfindenden Finanzkonferenz Vertreter zu entsenden, abgelehnt. Havas zufolge verlautet, daß der Präsident grantwortet habe, er könne keine Regierungsvertreter bestimmen, da die Konferenz nichtamtlich sein müsse, und daß er die Ansicht ausgedrückt habe, daß Privatfachverständliche wahrheitsgemäß mit Berathungen an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen würden.

Ein Anschlag auf den amerikanischen Botschafter in Paris?

Dr. Paris, 20. Okt. (Drahtbericht.) Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr wurde dem amerikanischen Botschafter in Paris durch die Post ein Einschreibepaket, angeblich von einer Parfümeriefabrik, zugestellt. Das Paket enthielt eine Granate. Der Diener, der das Paket aufmachte, wurde leicht verletzt. Der Botschafter hat die Sendung erst zu Gesicht bekommen, als der Inhalt längst zerplatzt war.

Das Felsenmeer.

Von Karl Wihel.

Erfahrt's Wogen, Graues Durcheinander, Stolz übertragen. Mächtige Hemorrhoiden. Der naive Volksglaube griff zu einer Sage. Gigantenhände haben sich hier gezeigt, um einander den Garaus zu machen. Die Riesen vom Felsenberg und vom nahen Hohenstein bewarfen sich. Der Stärkere sollte die Krone des Sieges einheimsen. Wenn man noch heute steht auf dem Boden tritt, stößt der ungeschlachte Kampf.

In Wirklichkeit härt unter ein Wälderlein, das von großem Umfang sich zur Weidenheit bequemt hat. Früher mußte es rastlos zerschüttende Arbeit geleistet haben. Was Felsen gewesen, hat es ins Tal geschwenkt. Der häßliche Svenit letzte Widerstand entgegen, und so wurden die Felsen herausgewaschen, wie sie sich heute dem Beschauer darbieten.

Staunen und Bewunderung wohnt in seiner Seele ab der gewaltigen Ausmaße. Die Felsenkante mit 9,25 Meter Länge und 1,3 Meter Dicke, der Felsenaltar, das Schiff, die Pyramide, der geschrammte Stein, das Kapitäl, die Riste, der Regenbogen — sie alle zeigen Spuren römischer Bearbeitung. Die Steinmühle lurt, Keiloch neben Keiloch wurde in die Rinne eingemeißelt, um den Kolos in der gewünschten Form zu brechen. Wozu sie ihre Erzeugnisse verwenden wollten, darüber geben die Vermutungen sehr auseinander. Vielleicht dienten sie mit zur Befestigung des Felsenberges, der nicht weit östlich vordringt. Vielleicht wanderte manches Stück auf der bequemen Wasserstraße des Rheins in die neugegründeten römischen Anstellungen, um Roms Kunstfertigkeit darzutun. Das Gewicht darf uns nicht wundern, wenn wir daran denken, welche Massen in Ägypten bewegt wurden. So wiegt der Obelisk von Karnak allein gegen eine Million Pfund. Unter der glühenden Sonne des Mittelandes wie in den kühlen Wäldern des Oberrheins hat die römische Kultur Triumphe gefeiert.

Der einbrechende Nemanne hat den handwerksehrhaften Römer wohl in seiner Taktik gefehlt, sonst wären die letzten historischen Naturdenkmäler den Weg ihrer Bestimmung gegangen. Ob Karl der Große von ihrem Felsen gewußt, ist unklar. Wahrscheinlich hätte er sich dann seine Granitkugeln nicht von Ravenna holen lassen. Ein Walsarai wollte sie einst in Heidelberg aufstellen lassen, doch sollen die vorgeschannten 100 Pferde die Arbeit des Transportes nicht geschafft haben. Rokebus schlug vor, die Riesensäule als würdiges Zeichen auf dem Leipziger Schlachtfeld in die Höhe wachsen zu lassen.

Wer den Waschen (Reißbokus) an der Bergstraße besucht, nimmt das Felsenmeer auf dem Felsenberg (515 Meter)

gemüthlichen Winter, — was alles dem traurigen Süden fehlt. Wir wäre dies beständige Eimerlei des ewigen Sommers, noch dazu eines so trockenen, dünnen, dursigen, laß und fraktion, trotz all seines blendenden Sonne unterganges und Farben schwallen, unerträglich.

* Radium als Lebenselixier. Das Essen von Radium erkräftigt eine amerikanische Autorität auf dem Gebiet der Radiologie, der Chicagoer Arzt Dr. Stillman Batten, für das beste Mittel zur Verlängerung des menschlichen Lebens. Wie er in einer Ärztesversammlung zu Chicago ausführte, wurde zunächst keine Aufmerksamkeit von der außerordentlich guten Gesundheit gefesselt, die die Arbeiter in den Radiumminen von Colorado besitzen. Nach eingehender Untersuchung kam er zu der Feststellung, daß dieser vorzügliche Gesundheitszustand davon herrührt, daß die Arbeiter radiumhaltiges Wasser trinken. Radiumstrahlen, die in Zucker oder Milch aufgefungen und zu Tabletten verarbeitet sind, wirken Wunder, wenn sie innerlich eingenommen werden, sagte er. „Ich habe Tausende von Radiumtabletten in Chicago verteilt, und die Erfolge, besonders bei alten Frauen, grenzen an Wunderbare. Ein wahres Märchenland der Wissenschaft wird damit entdeckt. Schilke Schmerzen verschwinden wie durch Zauber; die Zeichen des Greisenalters weichen. Fehlender Appetit kehrt sofort zurück, und die roten Blutkörperchen sind durch das Radium in wenigen Stunden in riesigem Maße vermehrt worden.“

* Schallapin ein Rinder. Der große russische Sänger Schallapin hat, bevor er sich zu einem Gastspiel nach New York begibt, den Londonern noch allerlei über seine Familienorgane erzählt. „Diese Tage in England“, erklärte er, „wären für mich ganz allschick gewesen, wenn nicht die Sorge um meine Kinder mit jedes Glückesgefühl unmaßstäblich machte. Ich bin stets dessen in einem Zustand der beständigen Marter. Gerade dieser Tage habe ich den ersten Brief aus Moskau bekommen, ich höre darin, daß die Vafete mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln, die ich von Siga aus an meine Familie zu schicken suchte, nicht angekommen sind.“ Schallapin seufzte tief. „Hier fange ich für den allgemeinen Hungerfonds, und ich kann nicht einmal meine kleine Gesellschaft füttern. Ich habe ein Rinder, alle bis auf zwei in Rußland. Eine Tochter ist in Berlin verheiratet und eine andere ist lungenkrank in Dessau. Die anderen sind in Petersburg und Moskau; ich habe zwei Familien. Die Regierung wird mir nicht erlauben, meine Rinder wegzubringen. Es gibt nichts, aber auch nichts, was ich nicht gern und freudig bringen würde, wenn ich meine Familie hier nach England bringen und in einem kleinen Häuschen in einem stillen Winkel an der Themse einquartieren dürfte.“

Eine Mark Zwei Mark Drei Mark Vier Mark Fünf Mark

Lustiger Schwank-Abend in der Tribüne am Freitag, abends 8 1/4 Uhr!

sind die
Volks-
preise

Vorverkauf

Freitag, 9—1 Uhr, Kasse im
„Wintergarten“, Theaterkasson
Rettenmayer und Blumenthal.

DIE TRIBÜNE

Direktion: GUSTAV JACOBY
Schwalbacher Str. 8. Telefon 6029.

Dienstag, 25. Okt. 1921, abends 8 1/4 Uhr,
VII. Abonnements-Abend!

TANZ-ABEND

Gastspiel der gefeierten Tänzerin

Mathilde BUHR

Programmi: Tänze von Gluck, Offenbach,
Rubinstein, Liszt, Schubert u. w.

Kostüm-Entwürfe: Kaut Ström, Stockholm
Am Flügel: Kapellmeister Freudenberg.

Der Dichter Peter Altenberg-Wien
schreibt:

MATHILDE BUHR, aus Geist, Seele und allgemeiner Lebens-
kultur entsprungen von selbst, nicht durch vorher aus-
gedachte, ausgeübte physiologische Bewegungen! —
Zeige mir, wie du gehst, ruhest, sitztest, durch den
Gart'n gehst, niederledest, um Blumen zu pflücken,
und ich werde dir sogleich sagen, wer du bist.
Ihre unerschöpfliche Schönheit ist in mich hinein-
gegraben, durchs Auge in die Seele! — Ihr Heilichstes,
apartestes, modernstes Antlitz, ihr goldenes Haar, ihre
weißen Händchen, ihr ruhig-dieses Benehmen, u. ihr süßes
Tanzent! — Niemand kann den Eindruck verwechseln!
MATHILDE BUHR, zarteste, edelste, u. feinsten Eindruck
Tänzerin unter den vielen heutzutage hinaufgestiegenen,
modern-modernen Tänzerinnen, sei in deiner ein-
fachen Adeligkeit gepriesen.

Gastspielpreise:

1. Sperrsitz Mk. 10.— 2. Parkett Mk. 5.—
1. Parkett Mk. 7.00 | Galerie Mk. 5.00
Vorverkauf: Täglich von 10—1 Uhr Kasse
im Wintergarten, Theaterkasson Blumenthal
und Rettenmayer.

Telephonische Bestellungen 6029, 183 u. 950.

Garten-Verein Wiesbaden E. V.

Unsere Inaktiven und vorjährigen Abon-
nenten werden ersucht, ihre Platzkarten
bis **Ende dieser Woche** bei Herrn
Apotheker C. Portzehl, Germania-Drogerie,
Rheinstraße 67, abholen zu lassen. Nach
diesem Termin muß über die Plätze zu
Gunsten der zahlreichen Neuabonnenten
verfügt werden.

Der Vorstand.

KVV Kaufmännischer Verein Wiesbaden E. V.

Montag, den 24. Oktober 1921, abends 8 Uhr
im Wintergarten, Schwalbacher Str. 8:

Vortrag des Herrn Universitätsprofessors
Dr. Seb. Mierkle-Würzburg:

DANTE

und seine Bedeutung für die Gegenwart.

Eintrittspreis für Nichtmitglieder Mk. 10.—, 6.—,
5.—, 3.— Mitglieder haben Anrecht auf zwei nicht
vorbehaltene Plätze, event. auf zwei vorbehaltenen mit
50% Ermäßigung. Kartenvorverkauf in den bekannten
Verkaufsstellen. (Siehe Plakatschlag.)

Vorbehaltene Plätze nur bei J. Chr. Gilleklee,
Wilhelmstraße 56, und J. Schottenfels & Co.
Theater-Kolonade 29/31.

Freitag, 8 Uhr, Lyzeum I, a. Schloßplatz:
VORTRAG
Totenbeschwörung?
Eintritt frei! Pr. Reihlen-Sittgart.

Missionsfest

des Evang. Missionsvereins für die Gasser Mission.
Sonntag, den 23. Oktober:

Missionsgottesdienste: 10 Uhr in der Marktkirche,
Missionsinhalt: Müller-Boel; 5 Uhr in der Luther-
kirche, Missionsinhalt: Müller-Boel; 11 1/2 Uhr in der Ring-
kirche: Kindermissionsgottesdienst; 8 Uhr abends:
Missionsversammlung im Evang. Vereinshaus, Blatter
Straße 2. Jedermann ist herzlich eingeladen!

Hochschul-Vorlesungen:

Goethe's Religion in der Epoche seiner Vollendung.

Karten zu Mk. 2.— und 4.— für beide Vorträge bei den Herren Stadt, Bahnhofstraße 6 und Moritz & Münzel, Wilhelmstraße 28.

Vorläufige Anzeige!
Montag und Dienstag
finden im Saale der Loge Plato, Friedrichstraße
Vorträge über Grudeherde
statt. Bitte um Beachtung der folgenden Anzeige.
Reservierte Plätze schon jetzt bei:
Erich Stephan 1089
Kleine Burgstraße :: Ecke Häfnergasse.

Pelze
werden neu angefertigt und um-
gearbeitet bei garantiert fach-
männischer Verarbeitung und
billigster Berechnung.
Damenhutsalon
Else Eiffert-Engel
Helmstraße 8. 1.

Fahrräder

Gummis, Lampen u. all. Zubehör
billig. Blind, Herrngartenstr. 6

Große Sendung feinste

Breifelbeeren

eingetroffen.

Wilh. Hommer

Ellendogengasse 11. Telefon 2148.

! Ankauf! ! Ankauf!

von

Antiquitäten u. Kunstgegenständen jed. Art

wie auch angelegte und geschnitzte Möbelstücke,
echte Teppiche und Porzellane, wie auch Gold-
und Silberwaren. Offerten und Anfragen bitte an das
Münchener Gewerbehaus für alte und moderne Kunst
Kochbrunnenplatz 3, zu richten.

Gold- u. Silber-Gegenstände

und Brillanten, auch Bruchstücke,
kauft zu hohen Preisen

Zimmermann

Herosstraße 18. — Telefon 3253.

Auf Wunsch persönl. Besuch (diskret).

Fässer

in allen Größen ständig
abzugeben. Neue u. geb.

Weinfässer

50er, neue u. gebrauchte,
in all. Größen, auch Selt-
heiten ständig auf Lager.

Gebrüder Grünfeld,
26 Scharnhorststraße 26.
Telephon 1949.

Einzelne Auskünfte

Auskunftsstelle des
Kartells der

Auskunftei Bürgel

Wiesbaden,
Friedrichstraße 31.



Turn-
verein
Wies-
baden.

X. Hauptwanderung

Sonntag, den 23. Okt.:

Karreb, Bremha,

Wildschön, Berpach.

Abmarsch 7 Uhr: Geisberg-
straße, Marckstr. 6 Stb.

RdS, siehe Plakate. F29

Der Wanderführer.



Schmitz

Rheinstraße 52.

Taschensofas

in guter Polsterung

empf. sehr preisw.

Gebrüder Leiser,

Dranienstr. 6. 1028



Zöpfe

in größter

Auswahl.

Detle

6 Michaelsberg 6.

Kaufm. Bücherrevier,

Steuerberater übernimmt

Einrichtungen, führen und

Kontrolle von Büchern.

Bilanzaufsicht, u. w. Beste

Empfehlungen, gewissen-

hafte, diskrete Bedienung

bei billigster Berechnung.

Off. u. B. 299 Tagbl.-Bl.

Einzelne Auskünfte

von allen Plätzen

der Welt

Auskunftei Kosmos

Luisenstr. 22

Ecke Bahnhofstraße.

F. 4180.

Tücht. fleiß. Mann

empf. sich im Anstreichen

u. sonst. Hausarb. Beh.

Helmstraße 12. 3.

Wintermäntel

Schwarz u. Blaugrau,

Mus aus Militärstoff,

Damen - Covercoat, gut

erhalten, zu verkaufen.

Laurent,

Herrngartenstraße 13.

Bersteigerung.

Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
versteigere ich Helenestraße 25:

- 1 Chaiselongue,
 - 1 Schreibmaschine, Mignon,
 - 1 Gobelin,
 - 1 Tafelklavier,
 - 1 Wappe Steinzeichnungen von „Straßburg“,
 - 1 Originalholzschnitt „Der Gefangene“
- zwangsweise gegen Barzahlung. Versteigerung bestimmt.
Sunde, Gerichtsoffizier, Adelheidsstr. 37.

GALERIE BANGER

LUISENSTRASSE 9

GROSSE KUNST- U. KUNSTGEWERBE- SCHAU

GEMÄLDE, GRAPHIK,

PLASTIK, KUNSTGEWERBE,

STILMÖBEL, ANTIQUITÄTEN

GEÖFFNET:

WERKTAGS 9—1, 3—7; SONNTAGS 11—1.

EINTRITT FREI. 975

Selbstgefert. pr. Lederwaren

Damentaschen; Geldtaschen, Aktentaschen,
Brief- und Zigarrentaschen empfiehl

Georg Mayer, Riehlstr. 9, Part.

Franz Ihle

Möbelschreinerei

mit elektr. Betrieb

Mühlgasse 9 (b. Schloßplatz) Telefon

768

empfiehlt gutbürgerliche

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer

in bester Ausführung zu vorteilhaften Preisen.

— Besichtigung meines Lagers erbeten. —

Wiederverkäufer

erzielen große Vorteile durch Einkauf am Platz.

Empfehle meine anerkannt beliebten Fabrikate in

Fleisch- und Wurstwaren.

Lieferung täglich frisch, zu den billigsten Tagespreisen

frei Haus.

Wiesbadener Fleischwaren- und Wurstfabrik

Friedrich Alent

Moritzstraße 10. Kein Detailverkauf. Telefon 735.

Ich liefere gut und billig

Rordsee-Cablian Pfd. 3.50—6.00

Seelachs 1/4 Pfd. 4.00, Auschn. 5.00

Schellfisch Pfd. 2.30—5.00

Goldbarsch o. R. 3.00, gr. Roisungen Pfd. 4.00

Eprottdänge Pfd. 7.00

feinste Goldbällinge Pfd. 9.00

echte Rappier Schleibällinge Pfd. 10.00

Blomarch. u. Rollmops in 1-Ptr. Do en, Qual. Ware,

Dose M. 40.00, Serringe, Mar na en, Konf. usw.

Fischhandlung Wilh. Schaaf

Blücherstraße 38. — Telefon 5222.

Hamburger Fischhaus

Dranienstraße 14. F. Schäfer. Dranienstraße 14.

Heute frisch eingetroffen:

Schellfisch im Auschnitt Pfd. M. 5.—

Cablian " " " " 4.50

Seelachs " " " " 4.—

Goldbarsch im ganzen " " " 3.—

Onduellereen — Frisleren.

Kopfwaschen, Giersch, Goldesel, Ecke Langg.

Samstag, den 22. u. Sonntag, den 23. Oktober 1921, Wirkl. Geh.-Rat Prof. Dr. Adolf v. Karnack, Exz., Berlin:

abends 7 Uhr, in der Ringkirche.

Karten zu Mk. 2.— und 4.— für beide Vorträge bei den Herren Stadt, Bahnhofstraße 6 und Moritz & Münzel, Wilhelmstraße 28.

Frische Fische!

Geräucherte und marinierte Fische

Heringe und Fischkonserven

kaufen Sie am besten und billigsten in:

Hauptgeschäft:
Grabenstraße 16.
Telephon 778.

Fischer Fischhallen

Zweiggeschäfte:
Bleichstr. 23, Kirchstr. 7
Wörthstr. 24, Dotzh. Str. 53
Zietenring 5, Röderstr. 3.

Täglich frische Zufuhr! — Ia Qualitäten! — Größte Auswahl!

Heute besonders preiswert zu empfehlen:

Bratschellfisch Pfd. Mk. 2.50, Merlans Pfd. Mk. 3.00

Goldbarsch ohne Kopf Pfd. Mk. 3.00

Mittelgroße Nordsee-**Cabliau** 2—5 pfündig ohne Kopf Pfd. 4.50la fetten Seelachs $\frac{1}{2}$ Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 4.00, Ausschn. Mk. 5.00la große Schellfische $\frac{1}{2}$ Fisch ohne Kopf Pfd. Mk. 4.50, Ausschn. Mk. 5.50

Feinste Angelschellfische in allen Größen, allerfeinsten Nordsee-Cabliau im Ausschnitt, ff. Seehecht ohne Gräten.

Steinkbutt, Heilbutt, Tarbutt, Seezungen, Rotzungen, Schollen, Lebende Spiegelkarpfen, Hechte, Zander, Blaufelchen zu den billigsten Tagespreisen.

Fischkochbücher gratis!

Prompter Versand!

Prompter Versand!

Ein Schäferhund mit 3 Jungen, einzeln preiswert zu verkaufen. Seeig. Wagemannstraße 21.

Kostüme

von 500 Mk. in dunklen Farben vorrätig, prima Schneiderarb. Anfertigung nach Maß unter erstklass. Ausfüh. u. Verarbeitung neuer Stoffe, prima Zusätze, G. Hinder, Damen-Schneider, Albrechtstr. 20. Gut erhaltene elegante

Damentouren

u. Kleider billig zu verl. Schuler, Röderstr. 47. 1.

Schreibmaschinen

noch sehr preiswert verl. E. Reime, Elffasser Platz 5. Fernsprecher 5163.

2 schöne Speisef.

Ruß. u. Eich. mit Auszug, bill. abgegeben. Möbelflag. Adolf Reimer, Reimgasse 19. 1. Anlauf ganzer Einrichtungen u. bill. Möbel. Geöffnet 10—12 u. 3—5 1/2 Uhr.

Sofa, 2 Sessel, ganz neu (Damen-Zimmer), versch. Bilder zu verl. Bradlo, Adolfsallee 15. 2.

Chaiselongue, neu, verstellb., sehr preiswert zu verkaufen. Klein, Coultsstraße 3. 1.

Bettsofa

fast neu, lad., verschiedene Betten v. b. Bernhardt, Dohdeimer Str. 20. Nr. 3.

Kleiderschrank

weiß, 2-teil. Holzmatt., Mahag. Ausziehtisch, 2-tür. H. Mahag. Kleiderschrank, Bed.-Divan, elektr. Fächer, 1 prima Tülldecke, Bett mit Patent u. verschied.

Corrosola, Rüdesheimer Straße 33.

Küchen-Einrichtung

gut erb. zu vl. Reimann, Blücherstraße 31. 2.

Hochel. Damen-Kab.

Maier, Wehrstr. 27. Hof.

Gaslampen

verschiedenster Art zu ver- kaufen. Laurent, Herr- gartenstraße 13.

Zu kaufen gesucht: Schloß, Büfett, Schreibtisch, Sofa, Kleiderschrank, Spiegel, Tr.-Spiegel, Stühle, Sofa, Tisch, Kaffee- service, Chaiselongue, Gardin, Teppich, Bett u. Küchen- wäsche.

Meier, Wehrstr. 53.

Gute Möbel

kauft u. vl. Dotzh. Str. 25. Haas, Tel. 5087.

Bekanntmachung.

Tägl. v. 9—12 u. 3—7 Uhr

höchstzahl. Ankauf von:

Gold- u. Silber-, a. Prach- schmucke — Brillanten

Photo-Apparate

Werkzeug- und Messingwerk- zeuge

Randolinen — Gitarren

Grammophone u. Platten

bessere Spielstühle

Küchengeräte — Dosen — Schuhe

Hüte, Koffer usw.

Recht. Distret.

Auf Wunsch persönl. Besuch.

E. Ludwig

Sammelstelle

Gelegenheitskaufhaus

Mauritiusstraße 6.

Möbel-Ankauf.

Ich suche hand. Bürgerl. u. herrschaftl. Mobiliar u. Pianos zu kaufen.

E. Rannenberg,

Oranienstr. 12, im Drei- Wölder-Haus, Tel. 3129.

Gut erhalt., modernes

Speisezimmer

zu kauf. gesucht. Händler verb. Off. an St. Charles

Source, Abeggstraße 8.

Möbel aller Art

kauft Großhandl., Dell- mundstraße 58. Bart.

Spielsachen

nur bessere Sachen, kauft Zimmermann,

Tel. 3233, Krenzstraße 18.

Aquarium

zu kaufen gesucht. Off. u. 2. 298 Tagbl.-Verlag.

Prachtvoller

Laden

mit Zubehör. in der mittleren Taunusstraße, 3 Minuten vom Koch- brunnen, ver. sofort oder später zu verm. Münd- liche Offerten an

Rechtsanwalt Nebmann,

Kirchgasse 20. 1.

Gesucht.

Für 11jähr. Jungen suche zur Beaufsichtigung der Schularbeiten u. Klavier- übungen ein Fräulein mit Vorsehungsbildung, nachm. 2 Stunden. Off. unter N. 295 an den Tagbl.-Bl.

Wann geht eine leere

Rolle v. Frankfurter

oder Umgehung zurück?

Näheres Peter, Hermann- straße 17. 1. Tel. 2447.

Leichtes Mädchen

tagsüber gesucht. Cramer,

Stiftstraße 24.

Monatsfrau

ab. Mädchen vorm. 2 bis 3 Std. gesucht. Laurent,

Herrnstr. 13.

Ordentl. Putzfrau

per sofort für Laden ges. Hofstraße 9.

Kleine Putzfrau

lofort gesucht. Alt. Am

Römerstr. 7.

Schlosserlehrling

lofort gesucht. Cramer,

Schlosserei, Stiftstraße 24.

Beltragen, Kreuzfuchs

verloren Montag Drosche

Langgasse bis Moritzstr.

Gegen hohe Belohnung

abzug. Moritzstraße 35. 1.

Verloren

eine Brieftasche, Führerschein, Zulassung und

Geldinhalt. Gegen gute Belohnung abgegeben

Carl Kirchner, Rheingauer Str. 2.

Papiere für Kinder verlost.

Statt Karten!

Heinr. C. Engel

Käte Engel

geb. Neumann

Vermählte.

Wiesbaden, Biebricher Straße 26

20. Oktober 1921.

Allen Verwandten, Freunden u. Bek. innen

die tieftraurige Nachricht, daß heute vor-

mittags 10 1/2 Uhr nach kurzem schwerem Leiden

mein guter Mann, unser lieber Vater, Sohn,

Dienstag, morg. 11 Uhr, obere Rheinstr. weicher Seidenhut, grau meliert, verl. Geg. a. Bel. abzug. Oranienstraße 35, S. 2 I.

Israel. Gottesdienst.

Israel. Kultusgemeinde, Michaelsberg. — Freitag, abends 5 Uhr. Sams-

tag, früh 9 Uhr. nachm. 3 Uhr. Ausgang 6.05.

— Sonntag (Yom Kippur), früh 7 Uhr. abds 5 Uhr

(Beginn des Schluß-

festes). — Montag, früh 9 Uhr. Predigt u. Fest-

legen 9.45 Uhr. nachm. 3 Uhr. abends 5 Uhr.

Fest - Jugendgottesdienst (Tora - Freudenfest).

Dienstag, früh 9 Uhr. nachm. 3 Uhr. Festaus-

gang 6 Uhr. — Wochen-

tag, früh 7 Uhr. abends 5 Uhr.

Alt-Israellische Kultus-

Gemeinde. — Synagoge Friedrichstr. 33 Freitag

abends 5 Uhr. Sabbat,

morgens 8 Uhr. nachm. 3.30 Uhr. abends 6.05.

Hofmann rabbi, morgens 6.30 Uhr. Son. 10.

Vorabend 5 Uhr. morg. 8.15 Uhr. nachm. 3.30.

abends 6 Uhr. Wochen-

tag, morgens 7 Uhr. abends 4.45 Uhr.

Talmud Thora - Verein

E. A. K. Schwalbacher

straße 10. Sabbat-Ein-

gang 5 Uhr. morgens

8.30 Uhr. Mincha 5 Uhr.

Ausgang 6.05 Uhr. —

Sonntag, morg. 7 Uhr.

Schemini Agares. Ein-

gang 5.15 Uhr. morgens

8.30 Uhr. Mincha 5 Uhr.

Ausgang 6 Uhr. Wochen-

tag, morgens 7.30 Uhr.

Mincha u. Maariv 5.15.

Herrlichen Dank für die schönen Blumen Spenden und liebevolle Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Amborn für seine trostreichen Worte.

Frau Christiane Hansen, Wwe., und Kinder.

Wiesbaden, den 19. Oktober 1921.

Allen Freunden und Verwandten die herzlichste Mitteilung, daß unsere liebe treue Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Braut

Christel Schwarz

im blühenden Alter von 20 1/2 Jahren Mitt- wochnacht 11 1/2 Uhr nach 2 tägiger schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Badenbauer Peter Schwarz u. Frau

Ed. u. Frau, Räte, geb. Schwarz

Johann Reinhardt und Frau

Lina, geb. Schwarz

Peter Schwarz und Lorch Schwarz

Nicolaus Dietrich, als Brautigam.

Wiesbaden, 19. Oktober 1921.

Dohde-mer Str. 20.

Die Beerdigung findet am Samstag, nach- mittags 3 Uhr vom Portale des Südfriedhofes aus statt.

Am 17. Oktober 1921 verschied nach kurzer, schwerer Krankheit

Dr. med. Adolf Dreßler

Assistenzarzt der Frauenklinik.

Wir verkünden in dem Verstorbenen einen lieben Kollegen, der sich in der kurzen Zeit seines Hierseins durch seine gewissenhafte Pflichterfüllung und sein ruhiges, lebenswürdiges Wesen unser aller Achtung und Zu- neigung erworben hat. Wir werden dem Verstorbenen ein treues, ehrendes Andenken bewahren.

Die Ärzte des Städt. Krankenhauses Wiesbaden.

Western abend entschlief sanft nach kurzem, schwerem Kranksein mein innigstgeliebter Mann, unser guter Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Herr Jakob Uhrig

Oberpostkassener.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Sophie Uhrig, geb. Christian.

Wiesbaden, den 19. Oktober 1921.

Hermannstraße 30.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 21. Oktober, nachmittags um 3 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Nachruf.

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser lang- jähriger Lagerist

Herr Chr. Dankof

nach schwerer Krankheit heute sanft verschieden ist.

Der Verstorbene war und stets ein treuer und fleißiger Mit- arbeiter, der immer seine Pflicht reiflich erfüllt hat, und werden wir demselben ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Freitag mittags 3 Uhr statt und bitten wir die Mitglieder, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand der Ein. aufsgenossenschaft „Wodji“.

Wiesbaden, den 18. Oktober 1921.

58. Genossenschaftstag.

Wiesbaden, 20. Oktober.

Wie im gestrigen Abendblatt bereits berichtet, erstattete Prof. Dr. Crüger den Geschäftsbericht. Er weist einleitend auf die sich in der heutigen Zeit überschneidenden Ereignisse hin — auf die Schwere der Zeit, die allerdings nicht in die Erscheinung tritt, wenn man an die Vermögensgüter denkt, und doch, wird der Schleier gelüftet, zeigt das wirtschaftliche Leben schwierige Konflikte. Nur das Bewußtsein, sich dauernd im Zustand großer Gefahr zu befinden, hat eben Sorglosigkeit zur Folge. Die Millionenbewilligungen an Steuern verlieren dadurch ihren Schrecken, daß die Erhebung derselben mit der Bewilligung nicht gleichen Schritt halten kann — es wird jede Steuer in ihrer Wirkung nicht mehr so viel empfunden wie früher — mit entsprechendem Gleichmut finden dieselben Aufnahme bei den Steuerzahlern. Der Redner weist auf das tolle Spiel der Werte hin — die Inflation wachse von Tag zu Tag, in von Stunden zu Stunden! Das Wort von der Entwertung des Geldes ist allenthalben im Vordergrund. Sparen und Arbeiten, vor allem Arbeiten — und mit dem Erlöse der Arbeit für künftige Zeiten sorgen, das ist mit der Hauptaufgabe. Noch herrscht einerseits Verwirrung — andererseits ist größte Anstrengung vor allem auf dem Gebiet der Technik, der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und Handwerks erforderlich. Wie sich alles auf den Kriegszustand hin einstellt, so mußte sich gleichsam die Einstellung auf den Friedenszustand ergeben. Auch die Belastung des Staatschiffs habe seine Grenzen, vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Verarmung und Nachlassen der Kaufkraft der Bürger halten gleichen Schritt. Dr. Crüger geht auf die Geschäftstätigkeit der Genossenschaften über, es handelt sich um Reformen für die Genossenschaften, aus denen sich ergibt, welche wirtschaftliche Macht in den Genossenschaften liegt. So erreichte diese hervorragende Resultate, wäre es eine weit größere Freude, wenn es sich um Goldwerte handelte. Der Redner geht auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens über, auf die Gesamtergebnisse von Reich, Staat und Gemeinden, verbreitet sich über den Reichsrat, über Anleihen von Reich und Staat — irrt über die Preissteigerung zwischen 1913 und 1920 — erwähnt den „Dollarkampf“ und bemerkt: „Wir leben in der Illusion, daß das, was die Reichsdrucker in Noten herstellt, wirklich Geld wäre!“ Es gelte die Frage: haben die Beschlüsse der Allgemeinen Genossenschaftstagen unter den heutigen Verhältnissen noch ihre Geltung. — Dr. Crüger verbreitet sich über die Kreditfrage, erwähnt den Beschluß der Konferenzkommissionen — kommt auf die Revision des Genossenschaftsgesetzes zu sprechen, auf die zweijährige Revisionsperiode — außerordentliche Revisionen. Redner weist auf den großen Wert des Beschlusses der Verbandstage hin, auf das oft noch vorhandene mangelnde Verständnis für den Wert der Organisationsarbeit — erwähnt die Einrichtungen innerhalb des deutschen Genossenschaftsverbandes, u. a. die Stellenvermittlung, die Frachtenrevision. Er geht auf die im letzten Jahr durch Einschnitt der württembergischen Kreditgenossenschaften nunmehr vollzogene Einigung des gesamten deutschen landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens im Deutschen Genossenschaftsverband ein. Dr. Crüger behandelt die „Gründerei“ auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens — er geht auf die Mitgliederbewegung im Deutschen Genossenschaftsverband über, die mit Beitritt und Austritt im letzten Jahr eine Bewegung von 1000 Genossenschaften darstellt und zu einem Mitgliederbestand von rund 4000 Genossenschaften führte. Der Redner geht auf die Genossenschaftsbewegung der verschiedenen Gruppen ein, kommt auf die neue Produktionsgenossenschaftsbewegung zu sprechen, die Probleme der Sozialisierung, — Arbeitsgenossenschaften, und weist darauf hin, daß heute in Deutschland rund 50000 Genossenschaften aller Arten beständen, womit Deutschland an der Spitze der Welt marschiere! Die Tätigkeit des Deutschen Genossenschaftsverbandes ergebe sich aus dem umfangreichen Verkehr mit den Behörden in allen die Genossenschaften berührenden Fragen. — er erwähnt die Tätigkeit des „Freien Ausschusses“. Dr. Crüger betont die Aufgabenstellung für die Kreditgenossenschaften, die ihren berechneten Konkurrenz durch Stadtbanken, Girozentralen usw., geht auf die Expansion unter den Genossenschaften ein (Zweigstellen). Er behandelt weiter die Zentralkreditinstitute des Deutschen Genossenschaftsverbandes, die Dresdener Bank und die Preussische Bank. In schwieriger Lage befinden sich die Bauerngenossenschaften, bei der harniederliegenden Bautätigkeit und dem Mangel an Mitteln. — trotzdem sei ein Gründungsfieber gerade bei dieser Genossenschaftsart zu verzeichnen, das fast 2000 Bauerngenossenschaften seit Kriegsausbruch, und allein 550 in 1921 entstehen ließ. Dem gewerblichen Genossenschaftswesen dürften sich neue Bahnen zeigen. Das große Sterben sei hier vorbei zu sein. Wichtig sei für die Handwerker die Beteiligung am Wiederaufbau, das Kapitel Messen und Genossenschaften usw. Für die Konsumvereine komme nicht in äußere Gegner in Betracht, sondern hier würde der innere Kampf gefährlich. Man wende sich großen Problemen zu, die eine Verbindung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften hinausgehen. Dr. Crüger kommt auf die Verbandsangelegenheiten des Deutschen Genossenschaftsverbandes zu sprechen, — auf die Sorge für den Nachwuchs. — Rufe, — auf die Genossenschaftsschulen. Dr. Crüger beschäftigt sich mit der Frage der Erholungsheime und ihrer Dienstbarmachung für die Genossenschaftsvorstandsmitglieder und Angestellten. Er weist auf den Plan eines Revisionsbureaus hin und erwähnt den Ausbau der Verbandsgenossenschaft. Er deutet auf die Gefahren der Zeit hin, die Genossenschaften seien ein schwieriges Handwerkszeug, aber im wirtschaftlichen Leben gerade für die Erhaltung des Mittelstandes die Genossenschaften von außerordentlicher Bedeutung. Ihr Ziel ist die allgemeine Gleichheit der Menschen im wirtschaftlichen Leben. — sie seien ein Werkzeug im wirtschaftlichen Bereich. Dr. Crüger schließt mit einem Appell an die stehenden Männer in den Genossenschaften, die mit leiser und das Steuer führen sollten, damit die Genossenschaften die schwerste Belastungsprobe, die ihnen die letzte Zeit bringt, durchhalten in der Lage bleiben. — Aus dem vom Genossenschaftsanwalt beigebrachten Zahlenmaterial mögen folgende Zusammenstellungen von besonderem Interesse sein: In den Jahren 1913 bzw. 1920 beliefen sich das eigene Vermögen der Genossenschaften auf 538 bzw. 700 Millionen, die Fremdkapitalien auf 1 1/2 bzw. 6 1/2 Millionen, die Umsätze auf 20 bzw. 160 Millionen. Das gesamte Genossenschaftswesen umfaßt heute 7 Millionen Mitglieder, das eigene Vermögen belief sich auf 732 Millionen bzw. 1 Milliarde, das Fremdkapital auf 5 bzw. 13 Milliarden, der Umsatz auf 20 bzw. 121 Milliarden. Heute hat der Umsatz bereits die Höhe von 130 Milliarden angenommen. Leider sind das die Baderwerte. Die Schuldverhältnisse des Reichs im Jahre 1913 gegenüber 1920 stellen sich wie folgt: Reichsschuld 3 1/2 bzw. 14 Milliarden, neue Ausgaben 2 bzw. 81 Milliarden, laufende Ausgaben 1 bzw. 200 Milliarden, Zinsen 1 Milliarde, Rücklagen 12 bzw. 238 Millionen, die Löhne, Rohstoffe 74 bzw. 500 Millionen. Die 1000-Marknote kostet heute hier 2200 Mark, in Wien 22000 Mark. Die Notenpresse ist zu einer Art lebenswichtigen Betrieb geworden. (Von dem größeren Mitbürger Reichsminister a. D. Dr. Scholz ist ein Briefwechsel in Begrüßungsform eingegangen.) — Der württembergische Revisionsverband hat sich wieder als Mitbewerber der Reichsdrucker (Ludenscheid) erstattet den Reichsbericht. Die Mitgliederbeiträge beliefen sich auf 400 000 Mark. (Darunter von Handwertern 91 620 Mark), die

Verwaltungsstellen auf 206 513 Mark, die Ausgabe für Druckkosten auf 141 000 Mark, die gesamte Einnahme auf 473 355 Mark, die gesamte Ausgabe auf 480 198 Mark, so daß ein Fehlbetrag von 6 843 Mark vorhanden ist. Das Vermögen des Verbandes belief sich auf 143 000 Mark. Der Rechner erhält die nachgegebene Entlastung. Der Rechnungsvoranschlag für 1921/22 wird wie folgt festgestellt: Beiträge 465 000 Mark. (Von einer Erhöhung der Beiträge hat abgesehen werden können.) Ausgabe 710 000 Mark, Fehlbetrag 48 000 Mark. — Verbandsdirektor Riglow (Brandenburg) berichtet über die Fürsorgeanstalten für Beamte. Die Mitgliederzahl ist um 5 zurückgegangen und beläuft sich heute auf 1278. 18 Verbände und 394 Genossenschaften neben 860 persönlichen Mitgliedern sind verzeichnet. Das Kassenvermögen belief sich Ende 1920 auf 3 087 743 Mark. Die Witwen- und Waisenkasse zählt 757 Mitglieder bei 1 312 909 Mark Vermögen. 417 Kinder sind verzeichnet. Die Ausgaben beliefen sich an Ruhegehaltsskizzen auf 81 000 Mark, an Witwengehaltsskizzen auf 23 000 Mark, an Erziehungsgehaltsskizzen auf 5820 Mark. Die Hilfskasse hat 275 000 Mark an Unterstützungen gewährt. Es wurde beschlossen, den Höchstbetrag von 100 Mark auf 200 Mark zu erhöhen. Die Höchst-Rücklage summe ist auf 30 000 Mark heraufgesetzt. Zurzeit wird erwogen, ob es nicht möglich sei, 50 Prozent Zuschlag mit in die Versicherung einzuschließen. Es soll ein Merkblatt herausgegeben werden, welches die Leistungen der Kasse darstellt. Ein Antrag der Anwaltschaft gelangt wie folgt widerprüfend zur Annahme: „Der Deutsche Genossenschaftstag erklärt es für unbedingte Pflicht der Genossenschaften, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die Vorstandsmitglieder und Beamten bei der allgemeinen Versorgungslage versichert werden, und zwar zu den für die Vorstandsmitglieder und Beamten günstigen Bedingungen. Diese Versicherung wird freilich immer nur eine unzureichende Unterlage für den Lebensunterhalt bieten. Den Genossenschaften wird daher dringend empfohlen, die unbedingt notwendige Erhöhung der Pension aus eigenen Mitteln, so weit es die finanzielle Leistungsfähigkeit der Genossenschaft irgend gestattet, sicherzustellen.“

Wiesbadener Nachrichten.

Städtische Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge.

Die vom Verband deutscher Städtestatistiker herausgegebenen „Vierteljahreshefte deutscher Städte“ enthalten eine Übersicht, die das Elend der deutschen Wirtschaftslage grell beleuchtet. Neben den Ziffern der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung in 56 deutschen Städten finden wir hier eine Zusammenstellung der Kosten dieses neuen Zweiges staatlicher und städtischer Fürsorge, die viel zu denken gibt. Danach zahlte die alte Gemeinde Berlin im ersten Viertel dieses Jahres nicht weniger als 57 639 522 Mark an Erwerbslosenunterstützungen, das Doppelte der Summe des ersten Vierteljahres 1920: den nächsthöchsten Betrag verzeichnet Hamburg mit 21 731 241 Mark. Hier ist die Steigerung gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig gering. Weiter folgen Leipzig mit 14 521 519 Mark. (1920: 10 217 911 Mark), Braunschweig mit 13 575 660 Mark. (1920: 7 320 764 Mark), München mit 12 750 724 Mark. (1920: 7 562 686 Mark), Dresden mit 10 742 024 Mark. (1920: 7 886 014 Mark), Breslau mit 7 058 931 Mark. (1920: 2 091 908 Mark), Königsberg mit 6 639 062 Mark. (1920: 1 757 914 Mark), Chemnitz mit 4 862 778 Mark. (1920: 3 305 566 Mark), Stuttgart mit 4 036 005 Mark. (1920: 1 933 178 Mark), Altona mit 3 871 130 Mark. (1920: 3 147 279 Mark), Magdeburg mit 3 197 972 Mark. (1920: 1 270 725 Mark), Nürnberg mit 3 097 728 Mark. (1920: 2 256 460 Mark), Hannover mit 2 601 542 Mark, Frankfurt a. M. mit 2 484 174 Mark. (1920: 2 104 310 Mark), Stettin mit 2 136 810 Mark. (1920: 1 624 213 Mark), Elberfeld mit 1 913 474 Mark. (1920: 1 602 277 Mark), Wiesbaden mit 1 633 689 Mark. (1920: 1 091 148 Mark), Barmen mit 1 586 020 Mark. (1920: 1 162 711 Mark), Spandau mit 1 431 543 Mark. (1920: 312 683 Mark), Düsseldorf mit 1 256 784 Mark. (1920: 1 920 380 Mark), Mainz mit 1 096 309 Mark. (1920: 1 91 748 Mark), und Augsburg mit 1 074 742 Mark. Mehr als 900 000 Mark zahlten ferner Mannheim, Karlsruhe und Ulm, eine halbe Million überstiegen die Ausgaben in Freiburg, Bremen, Wilmersdorf und Erfurt, eine Viertelmillion in Bonn, Altscheid, Kassel, Aachen, Götting, Krefeld und Wiesbaden.

Bermindert haben sich die Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegen das erste Vierteljahr 1920 nur in Bochum, Bremen, Düsseldorf, Jagen, Ludwigshafen, Mannheim und Trier. Die meisten Städte verzeichnen dagegen beträchtliche Steigerungen, die am deutlichsten in der Tabelle zum Ausdruck kommen, die den Anteil jedes Einwohner an der aufzubringenden Unterstützungssumme aufweist. Danach fielen auf den Kopf der Bevölkerung in Altscheid 1920: 0,05 Mark. 1921: 11,53 Mark. Der Betrag stieg in Hildesheim von 0,05 auf 2,41 Mark, in Götting von 0,14 auf 3,95 Mark, in Wiesbaden von 0,28 auf 3,36 Mark, in Krefeld von 0,36 auf 2,23 Mark, in Mainz von 1,76 auf 10,12 Mark, in Spandau von 3,26 auf 14,75 Mark, in Breslau von 3,88 auf 12,89 Mark, in Königsberg von 6,60 auf 24,26 Mark. Den höchsten Kopfbeitrag wies im ersten Viertel dieses Jahres Braunschweig mit 123,15 (1920: 67,91 Mark) auf. Ihm folgten Berlin mit 29,54 Mark, Königsberg mit 24,26 Mark, Leipzig mit 23 Mark, Altona 21,38 Mark, Hamburg 21,12 Mark, München 19,17 Mark, Dresden 18,86 Mark, Gera 18,84 Mark, Wiesbaden 15,88 Mark, Chemnitz 15,81 Mark, Wilmersdorf 14,73 Mark, Kiel 13,94 Mark, Breslau 12,69 Mark, Stuttgart 12,84 Mark, Elberfeld 11,76 Mark, Altscheid 11,53 Mark, Magdeburg 10,70 Mark, Charlottenburg 10,53 Mark und Mainz mit 10,12 Mark. Erfreulich niedrig war der Satz in Hamburg mit 1,03 Mark, Essen 0,54 Mark, Duisburg und Gelsenkirchen mit 0,39 Mark, Dortmund mit 0,08 Mark, Bochum mit 0,03 Mark und Bern mit 0,01 Mark.

Vergleicht man die Zahlen der Unterstützungsempfänger mit den Summen, die sie erhielten, so ist augenfällig, daß der Anstieg der Verpflegung nur in wenigen Städten auch ein Sinken der Fürsorgekosten entwarf. Dies war der Fall in Düsseldorf, Mannheim, Bremen, Ludwigshafen und Bochum. Trotz Rückgang der Erwerbslosen stiegen die Unterstützungsbeträge in Hamburg, München, Braunschweig, Altona, Kiel, Stettin und Aachen. Die ungünstigsten Verhältnisse hat von diesen Städten aufzuweisen, denn hier sank die Zahl der Unterstützten von 5931 auf 4863, während die Ausgaben sich fast verdoppelten. Die meisten Erwerbslosen gab es im ersten Viertel 1921 natürlich in Berlin, nämlich 55 042, in weitem Abstand folgt Hamburg mit 18 284, dann Leipzig mit 9574, München mit 9231, Dresden mit 7736 und Breslau mit 5843. Zwischen 4- und 5000 lag die Ziffer in Braunschweig, Charlottenburg und Königsberg, zwischen 3- und 4000 in Altona und Stuttgart, zwischen 2- und 3000 in Chemnitz, Altscheid, Nürnberg und Kiel und über 1000 ferner in Hannover, Frankfurt a. M., Spandau, Schöneberg, Magdeburg, Elberfeld, Stettin, Düsseldorf, Wiesbaden, Barmen, Morsheim und Gera.

— Ein Finanzgerichtshof für Bessen-Rassau. Es darf nunmehr als sicher gelten, daß der Finanzgerichtshof für die Provinz Hessen-Rassau seinen ständigen Sitz in Kassel haben wird. Dagegen werden Einzelkammern mit Kasseler Richtern und Frankfurter und Wiesbadener Beisitzern nach Bedarf in Frankfurt Sitzungen abhalten. Über die Wahlen der Beisitzer, die aus den Reihen des erwerbstätigen Bürgertums in Stadt und Land genommen werden, scheiden bei den Landesverbänden in Kassel und Wiesbaden, bei den Bezirksverbänden, den Stadtverbänden sowie den gewerblichen Vertretungen, wie Handelskammern, Handels- und Handwerkskammern, noch Verhandlungen. Auch die Organisations der Angestellten- und Arbeiterverbände werden gebührt, um die Zusammenlegung des Finanzgerichtshofs so mannigfaltig wie möglich zu gestalten, auf daß alle Stände

bei den oft vielfach verwickelten Finanzfragen zu ihren Rechten kommen. Der Finanzgerichtshof dürfte kaum vor dem 1. April 1922 seine Tätigkeit aufnehmen. Um den Finanzgerichtshof hatte sich die Stadt Frankfurt a. M. besonders bemüht.

— Ein wahres Stückchen vom Amtschimmel. Aus Limburg wird uns berichtet: Im amtlichen Teil des „Reichsanzeigers“ vom 11. Oktober 1921 befindet sich folgende Verfügung an das preussische Staatsministerium: „Folgender Bericht vom 20. August will ich genehmigen, daß die Kettbachbahngesellschaft von ihr nach der Konzession 1901 obliegenden Verpflichtung zum Betrieb einer Rollbahn von Schlämmühle nach Lahr entbunden wird. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat darüber zu wachen, daß der Erbs als Bahnviadukt in anderer Form, und zwar zunächst im Erneuerungsfonds, amtsamtlich wird. Großes Hauptquartier, den 23. August 1917. Wilhelm I. R. v. Breitenbach, Endow, Seifried, Freiherr v. Rüdern, Spahn, Drews, Schmidt, von Eichenhardt-Rothe, Berg.“ — Wir preisen uns glücklich, am 11. Oktober 1921 durch das amtliche Blatt der Regierung von diesem Allerhöchsten Erlass Kenntnis zu erhalten. Der Kaiserliche Erlass hat für den Weg vom Großen Hauptquartier bis zum „Reichsanzeiger“ mehr als vier Jahre nötig gehabt. — Wie heißt es doch? „Kaste nie, dann haßt nie Neustadtene!“

— Deutsche Volkspartei. Die Tagesgruppe der Deutschen Volkspartei hielt am Freitag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Geschäftsstelle (Friedrichstraße 9, 1) eine Mitgliederversammlung ab, in der Herr Schild-Wiehrich einen Bericht über die Geschehnisse der letzten Zeit, und außerdem Besprechungen über wichtige, innere Angelegenheiten stattfinden sollten. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Vorberichter über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Karneus. In dem Richard-Wagner-Abend am Freitag dieser Woche unter Mitwirkung Schürichs Leitung mit Konzertmeister Rudolf Bergmann das „Albionblatt“ spielen. — Frau Kammerängerin Charles Kahler, die am Montag, den 24. d. M., hier wieder auftreten und einen modernen Vortragsabend geben wird, kommt am 21. noch Deutschland zurück, nachdem sie seit Ende Mai auf Gastspielreisen in den Nordwesten, Südwesten und in größeren Städten Schwedens und Dänemarks gewesen ist. * Tanzgastspiel in der Röhre. Als heftiger Abendessenabend wird für Dienstag, den 25. Oktober, ein Tanzabend vorbereitet, zu dem die Tänzerin Roschilde Buder gewonnen wurde. Kartenverkauf findet täglich von 10 bis 1 Uhr an der Kasse des Wintergartens statt, an den Theaterkassen Blumenthal und Mettenmeyer.

* Rheinländer, die zum Teil bereits von dem bekannten Opernsänger Herrn B. o. Schend bei festlichen Veranstaltungen im Rathaus mit Beifall vorgetragen wurden, schließen im Verlag des Komponisten Ferdinand Fischer. Wiesbaden-Kurort. Verse und Musik sind leicht einzufließen und vollkommene gehalten; und so dürfen diese „Rheinländer“ für Tenor ebenso wie der „Rheinländer Grub“ (für Bariton) und „Vergangene Zeit“ auch in weiteren Kreisen eine freundliche Aufnahme finden.

* Dr. Ludwig Müller wird am Samstag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Rathauses sprechen. Er bringt Szenen aus Goethes „Faust“ 1. und 2. Teil. Kartenverkaufsstellen werden schon jetzt bei der Konzert-Agentur Heinrich Wolff entgegengenommen.

Aus dem Vereinsleben.

* Am 17. Oktober fand die Gründung der Winterkassen im „F. a. u. n.“ statt, die einen großen Kreis von Mitgliedern angezogen hatte, da eine junge Sängerin, Fräulein Elise Wiemer, Schülerin von Prof. Jahr, auftrat, die sich durch ihre schöne Stimme und gelegene Kunst schon zahlreiche Freunde im Klub erworben hat. Gleichzeitig lernten wir einen tüchtigen Sänger, Herrn Köhler, ebenfalls Schüler von Prof. Jahr, kennen, der sich durch seine schöne Stimme und einen Vortrag auf sehr hohe Stufe. Beide erzielten allgemeine Anerkennung für ihre Darbietungen. Es wurde ihnen anhaltender und lebhafter Beifall gesendet. Präzise und ansehnlich wurde die Begleitung der Voten, Pieper und Duxte durch Fräulein Stog ausgeführt. — Alle 14 Tage, Montags, sollen diesen Winter im „F. a. u. n.“ ähnliche gesellige Abende gegeben werden.

* Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“, Ortsverband Wiesbaden, veranstaltet morgen Freitag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Saale des katholischen Gesellenhauses (Dobbeimer Straße 24) einen Vortragsabend mit dem Thema „Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer“. Redner: Erich Beyer, Frankfurt a. M. Der Vortrag beginnt um 8 Uhr. * Auf das am Sonntag, den 23. d. M., stattfindende 12. Städtische Fest des Männergesangsvereins „Liederlust“ in der Loge Platz 16 auch an dieser Stelle hingewiesen.

Musik- und Vortragsabende.

* Heiterer Abend Helig Steinberg. Im kleinen Rathaus-Saale behagte gestern der Münchener Humorist Helig Steinberg seinen zahlreichen Zuhörern einen angenehmen Abend. Er verstand es durch seinen Vortrag, den Ausdruck und Witzenspiel wirksam unterstützen, volle Teilnahme zu wecken und sein Publikum in jene Stimmung zu versetzen, die notwendig ist, um humorvollen Dichtungen die erforderliche Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Wahl seiner Darbietungen war geschickt getroffen; sie vermied die mühseligste Ware. Von den Humorsitten des Lebens er besonders die Dichter der Satire, wie Morgenstern und Hans Reimann. Aber auch Klopke, Thoma und Fritz Reuter fanden nicht in dem Programm, das durch eigene Beiträge wirksam ergänzt wurde. Zum Schluß probierte sich der Künstler noch sehr geschickt als Witze-Mitwirkende an. Seine Darbietungen hatten den beschriebenen Erfolg. Ihre Wirkung — vom Lachen bis zum lauten Lachen — und harter Beifall am Schluß waren die dankbare Anerkennung der Teilnehmer an dem fröhlichen Abend.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Das Sendenberger-Museum vor dem Untergang?

Spd. Frankfurt a. M., 19. Okt. Das Sendenberger-Museum mit seinen weltberühmten Sammlungen öffnete am 22. November 1821, also vor 100 Jahren, zum erstenmal seine Pforten und ist seitdem als einziges auf der ganzen Erde von der Bürgerschaft einer Stadt allein erhalten worden. Jetzt sind seine Mittel und Quellen derart erschöpft, daß die Angelegenheit nicht mehr behauptet werden können. Um diesen Gegenstand zum Leben zu erwecken, wurde eine Arbeitskommission aus vier Stunden herausgestellt. Trotz aller dieser kleinen Mittel und trotz aller Hilfe und des ewigen Mitgliederzuges zum Sendenberger-Museum ist die Situation sehr bedauerlich. Die Erhaltung des Museums auf schwerer Grundlage. Die Leitung befindet sich heute in ihrer Not mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem sie um die Erhaltung der Mitgliederbeiträge von 20 Mark auf 30 Mark jährlich bittet, um wenigstens das Schlimmste abzumenden.

Vom Frankfurter Arbeitsmarkt.

Spd. Frankfurt a. M., 19. Okt. Die glänzende Entwicklung des Frankfurter Arbeitsmarktes, die im Juli begann, hat auch im September ihren Fortgang genommen. Im September konnten 5789 Männer und 2152 Frauen in Stellung gebracht werden. Arbeit suchten 7273 Männer und 4671 Frauen, zusammen 11 944 Personen, denen 11 306 Stellen offen gegenüberstanden. Auch die Zahl der Unterstützungsempfänger erfährt eine wesentliche Verringerung. Ende September befanden sich in Erwerbslosenfürsorge 851 Männer und 19 Frauen, gegen 1235 Männer und 63 Frauen im August. An Unterstützung wurden 596 250 Mark im September gegen 604 302 Mark im August ausgezahlt. — Die Frankfurter Maschinen- und Feinindustrie ist für Monate hinaus mit starken Aufträgen versehen.

Wieder Ruhe in Böhln.

mo. Böhln a. M., 19. Okt. In allen Betrieben der Böhlner Farbwerke wird wieder gearbeitet. Die ausgeforderten Arbeiter haben somit und anders Folge geleistet und sind in die Betriebe zurückgekehrt. Karlsruher hat die Fabrikation die als vorher bekannten Grade nicht wieder eingestellt. Die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft ist gegen die Arbeiter des ganzen Rumors sehr gereizt, was auch verständlich ist, wenn man bedenkt, daß jeder Arbeiter mindestens 1000 Mark Lohn verloren hat.

Gerichtssaal.

mo. Silbermünzen Gegenstand täglichen Bedarfs. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. fällt eine wichtige Entscheidung dahingehend, daß Silbermünzen auch noch Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, wenn sie auch aus dem Verkehr gezogen sind. Auf Grund dieser Erkenntnis wurde ein junger Mann zu einem halben Monat Gefängnis und einigem Busch, Mark Geldstrafe verurteilt.

Telephon 114. Kirchgasse 68.